

Sitzen und zunehmen

Von 80 Parlamentariern, die im Bundeshaus im Rahmen einer Präventionskampagne ihren Body-Mass-Index bestimmen liessen, ist rund jeder Zweite zu dick. Mehr als zehn Politiker und Politikerinnen gehören gar in die Kategorie der Fettleibigen. Übergewichtige seien damit im Parlament etwa gleich stark vertreten wie in der gesamten Bevölkerung, sagte Peter Burri von Gesundheitsförderung Schweiz. Die Organisation hat am Dienstag in Bern einen Präventionsanlass durchgeführt.

*

Zu wenig Bewegung und falsche Ernährung erhöhen das Risiko, an Diabetes Typ 2 zu erkranken. An dieser nicht erblichen Form der Zuckerkrankheit litten noch vor wenigen Jahren vor allem ältere Menschen. Immer häufiger sind aber auch jüngere Erwachsene und selbst Kinder betroffen. Weil das zu immer höheren Kosten für die Allgemeinheit führt, ist auch die Politik gefordert. Ihre oft unter gut geschnittener Kleidung verborgenen Wohlstandsbüchlein begründeten die Parlamentsmitglieder aber nicht mit falscher Ernährung, sondern mit den zahlreichen Sitzungen. «Im Mittel nehmen National- und Ständeräte nach der Wahl pro Jahr ein Kilogramm zu», sagt Burri. (sda/zsz)

KURZMELDUNGEN

Erneut Proteste in Lausanne

Rund 10 000 Angehörige des Staatspersonals des Kantons Waadt haben am Dienstagabend in Lausanne gegen geplante Budgetkürzungen demonstriert. Tagsüber hatten viele Angestellte ihre Arbeit vorübergehend niedergelegt. An der Spitze des Zuges marschierten rund 500 Kantonspolizisten und protestierten gegen die angekündigte Streichung von 36 Stellen in drei Jahren, während die Kriminalität stetig steige. Die meisten Demonstranten waren Lehrkräfte.

Expo.02: Bund erhält Geld zurück

Der Liquidator der Expo.02, Marc Stucki, legt sein Mandat per Ende Jahr nieder. Grund dafür sind die bereits weit fortgeschrittenen Liquidationsarbeiten. Vom Abschlussbudget von 200 Mio. Franken erhält der Bund 38 Mio. Franken zurück. 30 Mio. Franken muss die Expo.02 gar nicht in Anspruch nehmen, wie Stucki am Dienstag auf Anfrage der SDA erklärte. Bei 8 Mio. Franken handle es sich um eine weitere Defizitreduktion. Über das definitive Schlussdefizit der Expo.02 konnte er keine Angaben machen.

Bosnisches Präsidium zu Besuch

Die Vertreter des muslimischen und des serbischen Teilstaates von Bosnien-Herzegowina, Sulejman Tihic und Borislav Paravac, trafen sich am Dienstag im Landsitz des Bundesrates in Kehrsatz zu Gesprächen mit Bundespräsident Deiss und Aussenministerin Calmy-Rey. Dabei warben sie für eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Tihic erklärte, dass sich dank der gewonnenen Stabilität das Investitionsklima in Bosnien verbessert habe.

Kontrollfahrt reicht laut Bundesrat

Ausländer mit einem Fahrausweis von Staaten des ehemaligen Jugoslawiens dürfen in der Schweiz erst nach einer Kontrollfahrt ans Steuer. Damit erübrigt sich nach Meinung des Bundesrates eine spezielle Fahrprüfung. Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP/ZH) forderte mit einer Motion den Bundesrat auf, dafür zu sorgen, dass alle in der Schweiz wohnhaften Ausländer mit Herkunft aus dem Balkan eine Fahrschule zu besuchen und eine Fahrprüfung zu bestehen haben. (sda)

Plädoyer für EU-Beitritt

Brüssel: Vortrag von Staatssekretär Franz von Däniken in Brüssel

Die Schweizer Aussenpolitik würde von einem EU-Beitritt profitieren. Auch innerhalb der EU wäre eine eigenständige Politik möglich, sagte am Dienstag Staatssekretär Fanz von Däniken in Brüssel.

STEFFEN KLATT

Franz von Däniken hat aus seiner Haltung für einen EU-Beitritt der Schweiz keinen Hehl gemacht. Die internationale Stellung der Schweiz würde gestärkt, wenn das Land der EU beitrete, erklärte der Staatssekretär im Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) gestern vor dem Königlichen Institut für Internationale Beziehungen in Brüssel. In der heutigen globalisierten Welt schützten die Länder ihre Souveränität am besten, wenn sie diese zusammenlegten.

Von Däniken sprach von einem «echten Defizit», dass die Schweiz in EU-Angelegenheiten nicht mitentscheiden dürfe. Die bilateralen Abkommen bieten den technischen Zugang zum EU-Binnenmarkt, aber keine Mitbestimmung. Aber die «europäische Berufung der Schweiz» beschränke sich nicht auf diese Abkommen. Damit sie ihre Interessen am besten verteidigen könne, müsse

sie ihre unmittelbare politische und wirtschaftliche Umgebung beeinflussen können. Von Däniken gestand aber auch ein, dass ein Beitritt heute innenpolitisch nicht möglich sei. «Die Regierung muss schon froh sein, wenn sie für die neuen bilateralen Abkommen die Zustimmung von Parlament und Volk findet», sagte der Staatssekretär.

Unabhängigkeit kein Vorteil

Aussenpolitisch böten sich der Schweiz keine Vorteile dadurch, dass sie der EU nicht angehört, sagte der Staatssekretär. Allenfalls die Rolle der Schweiz im Iran, wo sie als Schutzmacht die Interessen der USA vertritt, wäre innerhalb der EU nicht möglich gewesen. Die Unterstützung der Genfer Initiative dagegen wäre innerhalb der EU noch wirksamer gewesen. Auch als Nichtmitglied beschränke sich die Schweiz nicht darauf, die EU-Aussenpolitik zu beobachten. Sie habe vielmehr ein grosses Interesse, sich daran zu beteiligen.

Von Däniken verwies auf das Engagement auf dem Balkan. Gegenwärtig würden weitere Felder der Zusammenarbeit untersucht, etwa im Rahmen der UNO, bei den Menschenrechten und bei der Sicherheit von Menschenleben. Der Staatssekretär stellte nur eine kritische Frage



Von Däniken sieht im Alleingang ein «echtes Defizit». Keystone

an die EU-Aussenpolitik: Offen sei, ob die EU-Erweiterungen deren ausserpolitischen Fähigkeiten stärkten. Die Irak-Krise habe gezeigt, wie gespalten die EU sein kann. Wenn sich auf Dauer mehrere EU-Länder zusammenschließen, müsste die Schweiz ebenfalls Partei nehmen.

Dem Tier zum Recht verhelfen

Zürich: Studie zur Durchsetzung des Tierschutz-Rechts der Stiftung für das Tier im Recht

Eine Studie der Stiftung für das Tier im Recht bringt ans Licht: Die bestehenden Vorschriften werden oft nur halbherzig durchgesetzt, und die verhängten Bussen haben kaum eine abschreckende Wirkung.

SIBYLLE STRASSER

Die Stiftung für das Tier im Recht will mit ihrer Studie auf die aus ihrer Sicht erheblichen Missstände im Umgang mit dem Tierschutz-Recht aufmerksam machen und sich in die Diskussion um die Revision des Tierschutzgesetzes einschalten, die voraussichtlich heute Mittwoch Thema im Ständerat ist. In der kürzlich vorgestellten Studie hat die Stiftung die strafrechtliche Beurteilung von Tierschutzverletzungen untersucht. Für die Studie erfassten Mitarbeiter der Stiftung sämtliche dem Bundesamt für Veterinärwesen gemeldeten Entscheide im Tierschutzstrafrecht von 1993 bis 2003 sowie die Fälle des kantonalzürcherischen Tieranwalts von 1999 bis 2003. Die Untersuchung hat gezeigt, dass von 1999 bis 2003 schweizweit pro Jahr 385 Entscheide zum Tierschutzstrafrecht gefällt wurden. Gesamtschweizerisch beträgt der Durchschnitt 0,52 Fälle pro 10 000

Einwohner. St. Gallen und Zürich gehören zu den Kantonen mit den meisten Entscheiden, gemessen an der Einwohnerzahl. Dies wird damit begründet, dass in St. Gallen ein Tierarztamt und in Zürich ein von der Verwaltung unabhängiger Tieranwalt die Tiere im Strafverfahren vertritt.

Die Hälfte der Fälle betrifft landwirtschaftliche Nutztiere. Besonders häufig sind Entscheide betreffend Rindvieh – wohl deshalb, weil schlechte Rindviehhaltung Subventionskürzungen zur Folge hat, mutmasslich die Stiftung. In rund einem Drittel der Fälle geht es um Haustiere. Hunde sind öfters in Gerichtsfälle involviert als Katzen. Äusserst selten geht es um Wild-, Sport- oder Versuchstiere.

Keine abschreckende Wirkung

Die Stiftung kommt aufgrund der Studie zum Schluss, dass Tierquälerei in der Schweiz zu milde bestraft wird. Die am häufigsten ausgesprochene Busse für Tierquälerei im Jahr 2003 betrug im Durchschnitt 500 Franken. Eine abschreckende Wirkung könne so nicht erreicht werden.

Wegen der häufig uneinheitlichen Anwendung des Tierschutzrechts ruft die Stiftung zu Reformen im strafrechtlichen Tierschutz sowie zu

einer stärkeren Aus- und Weiterbildung der Strafverfolgungs- und Vollzugsorgane auf.

Tier in Recht und Gesellschaft

Zusammen mit der Studie präsentierte die Stiftung eine umfassende CD-ROM über das Tier in Recht und Gesellschaft. Mit der CD-ROM können sich Benutzer in einer grossen Straffall-Datenbank umschaun, sich Wissen zum Tierschutz-Recht in der Schweiz und in Europa aneignen, Interviews anschauen und in der virtuellen Bibliothek Werke über den Tierschutz aufstöbern. Von der Lektüre juristischer Merkblätter und Erlasse kann man sich mit einem Tierpuzzle, einem Tiergedicht oder mit Exkursen zum Tier in der Kunst erholen.

Laut Antoine F. Goetschel, dem Geschäftsführer der Stiftung, soll der multimediale Datenträger allen, denen das Tier beruflich oder privat ein Anliegen ist, als Nachschlagewerk dienen. Er erhofft sich dadurch eine grössere Sensibilisierung der Bevölkerung für die Durchsetzung des Tierschutz-Rechtes.

CD-ROM erhältlich bei: Stiftung Tier im Recht, Wildbachstrasse 46, Postfach 8034 Zürich, 043 43 06 43, www.tierimrecht.org

Gegen Schweizer Landkäufe in Südbaden

Stuttgart: Die baden-württembergische Landesregierung will Schweizer Landwirte, die im deutschen Grenzgebiet Land pachten wollen, aus dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU ausnehmen. Das Schweizer Bundesamt für Landwirtschaft ist damit nicht einverstanden. Bereits seit Monaten gibt es Konflikte mit deutschen Bauern, die ihre Existenz bedroht wännen, weil Schweizer Bauern zunehmend auf deutschem Gebiet Land kaufen. Die Konflikte entstanden, weil die Schweizer Bauern höhere Kauf- und Pachtpreise bieten und weil sie ihre Produkte zollfrei in die Schweiz bringen können.

Am Dienstag hat nun Baden-Württemberg eine neue Runde in dem Streit eingeläutet. Ministerpräsident Erwin Teufel und Landwirtschaftsminister Willi Stächele erklärten, Baden-Württemberg kehre zur früheren Genehmigungspraxis zurück. Danach gelte das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU nur für jene Schweizer Bauern, die ihren Hof auf EU-Gebiet betreiben.

Christian Häberli, Chef Internationales beim Schweizer Bundesamt für Landwirtschaft, ist der Meinung, in Baden-Württemberg müsse bezüglich der Auslegung des Freizügigkeitsabkommens Schweiz - EU ein Missverständnis vorliegen. Das Freizügigkeitsabkommen gelte auch für alle Schweizer Landwirte. (sda)

Auch künftig keine Kommentare Blochers

Bern: Die Debatte über die Rollen von Bundesrat, Parlament und Volk reisst nicht ab. Der am Sonntag von Pascal Couchepin kritisierte Bundesrat Christoph Blocher begrüsst eine Diskussion zum Staatsverständnis. Mit der nach der Abstimmung über die Einbürgerungsvorlagen in Gang gekommenen Diskussion komme die notwendige inhaltliche Auseinandersetzung in Gang, heisst es in einer Mitteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) vom Dienstag. Auf Grund der Ergebnisse der Diskussion müssten die Rollen von Parlament und des Bundesrates als Vertreter des Volkes klar und transparent definiert werden.

Bundesrat Blocher bleibe beim Grundsatz, Abstimmungsergebnisse und Volksentscheide zur Kenntnis zu nehmen und zu vollziehen, aber nicht zu kommentieren, sagte EJPD-Sprecher Livio Zanolari.

Die Parteien haben nichts gegen eine Diskussion, reagieren aber zurückhaltend. Die Handlungsweise der SVP sei das Problem, nicht das Funktionieren der Institutionen, finden SP und CVP. Die FDP hofft, dass die Debatte das liberale System stärkt. Die SVP verlangt in einer Interpellation Stellungnahmen der Regierung zu ihrer Rolle, ihrem Staatsverständnis und künftigen Abstimmungskämpfen. (sda)

Küng wird Nachfolger Krenns in St. Pölten

St. Pölten: Neue Fälle von Pädophilie erschüttern die katholische Kirche Österreichs

Der Feldkircher Bischof Klaus Küng wird Nachfolger des im Gefolge einer Sexaffäre an seinem Priesterseminar in St. Pölten vom Papst zum Rücktritt gedrängten Kurt Krenn.

ARTHUR MEYER, WIEN

Der vom Papst im Juli mit einer Visitation der Diözese St. Pölten in Niederösterreich beauftragte derzeitige Bischof von Feldkirch, Klaus Küng (64), soll nun von Kurt Krenn auch das Bischofsamt übernehmen. Die Ernennung soll zusammen mit der offiziellen Rücktrittserklärung von Krenn am Donnerstag im Vatikan verlautbart werden, bestätigten «hohe Kirchenkreise» in Rom dem Österreichischen Rundfunk (ORF). Der Nachfolger Kungs in Vorarlberg soll später bestimmt werden.

Küng ist promovierter Mediziner und war seit 1989 Bischof in Feldkirch. Er gilt, wie Krenn, als konservativ; seine Ernennung zum Oberhirten der Diözese hatte seinerzeit wegen seiner Mitgliedschaft beim Opus Dei zu Protesten unter den Katholiken Vorarlbergs geführt. Als Visitor in St. Pölten konnte Küng allerdings auch das Vertrauen der mit Krenn im Dauerclinch gestandenen Priester und Gläubigen gewinnen.

Krenn wäre nicht Krenn, wenn er nicht noch bei seinem Abgang für Wirbel sorgen würde: So setzte er – wie manche meinen, aus purer Bosheit – am Wochenende mit einem schriftlichen Wisch und ohne Begründung kurzerhand seinen Generalvikar Weihbischof Heinrich Fasching ab. Visitor Küng erklärte den Akt in Abstimmung mit Rom so-

fort für ungültig, da Krenn keine Befugnisse mehr hätte. Krenn quittierte dies wiederum in der Wiener Zeitung «Der Standard» mit der Bemerkung: «Ich kann jeden Tag einen Generalvikar absetzen und mir einen neuen holen.» Anhänger Krenns verbreiten inzwischen die Lüge, der St. Pöltner Bischof wäre Opfer einer Verleumdung durch den Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn, und der Brief, in dem ihn der Papst zum Rücktritt aufforderte, eine Wiener Fälschung.

Kindesmissbrauch durch Priester

Inzwischen sorgt ein neuer Fall eines pädophilen Priesters für Unruhe unter den Katholiken: Der zu einem Orden gehörende Pfarrer von Annaberg-Lungötz im Bundesland Salzburg wurde von seinem Abt ins Klos-

ter zurückgerufen, nachdem Fälle von sexueller Annäherung an Knaben bekannt geworden waren. Ähnliche Affären häufen sich derzeit in Österreich. Seit der frühere Wiener Erzbischof Kardinal Hans-Hermann Groer als Knabenschänder entlarvt worden ist, bricht die Mauer des Schweigens, die bislang Kindesmissbrauch durch Priester umgeben hatte.

So wurden erst im September schwere Vorwürfe gegen den prominenten Vorarlberger Kaplan August Paterno laut, der als ständiger Kolumnist des Massenblatts «Kronen-Zeitung» («50 Zeilen mit Gott») und als «Hans Dampf in allen Gassen» des ORF-Fernsehens bei keinem Medien-Event in Österreich fehlen durfte. Gegen ihn läuft eine Untersuchung.